

SCHLECHTE AUSSICHTEN FÜR DEN STANDORT DEUTSCHLAND – STUDENTEN VERLASSEN DAS LAND

(med-dent-magazin) Um den Standort Deutschland kann einem Angst und Bange werden: 56 Prozent der Studierenden können sich vorstellen, ihrem Land den Rücken zu kehren, um eine Existenz im Ausland aufzubauen. Nur 40 Prozent sehen eine sichere Zukunftsperspektive in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt die repräsentative Umfrage „Generation 05 – Wie tickt die junge Elite?“, die vom „Manager Magazin“ und der Unternehmensberatung McKinsey in Auftrag gegeben wurde. Befragt wurden Studenten, die innerhalb der nächsten zwei Jahre ihr Studium abschließen und wirtschaftsnahen Fachrichtungen wie Betriebs- und Volkswirtschaft, Medizin oder Ingenieurs- und Geisteswissenschaften zuzurechnen sind.

Den hohen Anteil an Auswanderungswilligen hält der Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA), Thomas Straubhaar, für „äußerst alarmierend“. Wenn nur drei bis fünf Prozent der leistungsfähigen jungen Menschen aus Deutschland abwanderten, resultiere daraus eine immense makroökonomische Eigendynamik, sagte Straubhaar bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse in Berlin. Der Alterungsprozess der Gesellschaft würde verschärft, und die Lasten für die junge Generation würden noch größer.

Der Wirtschaftsexperte forderte daher grundlegende Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen. „Wenn wir nicht schnellstmöglich vorankommen, sehe ich schwarz.“ Zugleich appellierte Straubhaar an die junge Generation in Deutschland: „Bleiben ist attraktiver als gehen.“ Er bezeichnete es als naiv, zu glauben, dass man als Deutscher außerhalb Europas oder auch in den skandinavischen Ländern größere Aufstiegschancen habe. Der Umfrage zufolge schätzen die Studenten vor allem China und Japan als Erfolg versprechende Wirtschaftsräume ein. Die Europäische Union liegt auf Platz drei, gefolgt von den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sind erstaunlicherweise auf den letzten Plätzen zu finden. Besorgt sind die künftigen Hochschulabsolventen insbesondere über die hohe Arbeitslosigkeit (62 Prozent), die Bildungsmisere und die demographische Entwicklung (beide 55 Prozent). Der „Kampf der Kulturen“ (21 Prozent), Kriege (8 Prozent) und die Technikfeindlichkeit (4 Prozent) spielen eine untergeordnete Rolle. Deutliche Kritik wird an den Managern in Deutschland geübt: 71 Prozent der Befragten halten diese für überbezahlt, und 62 Prozent meinen, diese seien nur auf den eige-



nen Vorteil bedacht. 39 Prozent sind der Auffassung, die Manager seien überfordert.

Trotz zum Teil schlechter Erwartungen zeigt sich die junge Generation äußerst flexibel und leistungsbereit. Für 46 Prozent der Studenten käme beispielsweise die Selbstständigkeit grundsätzlich in Frage; nur 13 Prozent lehnen eine solche Arbeitsform ab. 40 Prozent wünschen sich sogar die 40-Stunden-Woche. Und für 24 Prozent ist der Eintritt ins Rentenalter erst mit 61 bis 65 Jahren auf alle Fälle zumutbar. Die Mehrheit der künftigen Akademiker (58 Prozent) erwartet auch, dass man den einen oder anderen Berufswechsel in seinem Arbeitsleben vollziehen wird. Generell spielen dabei hohes Einkommen und Prestige eine untergeordnete Rolle – vielmehr orientieren sich die zukünftigen Arbeitnehmer nach interessanten Arbeitsinhalten, Anerkennung der eigenen Leistung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch Arbeitsplatzsicherheit.

Die Familie besitzt bei den Befragten einen sehr hohen Stellenwert: Nur sieben Prozent wollen keine Kinder, immerhin 26 Prozent planen mit zwei Kindern. Bei ihren Wertvorstellungen erweisen sich die Studenten in ihrer Mehrheit als konservativ-liberal: Freiheit, Freizeit, Selbstverwirklichung, Treue, soziales Engagement, Verantwortung und Leistung sind ihnen äußerst wichtig – im Gegensatz zu Genuss und Konsum oder Reichtum.

KEINE BACHELOR- UND MASTERABSCHLÜSSE FÜR ÄRZTE, APOTHEKER UND ZAHNÄRZTE

(BLÄK) Bachelor- und Masterabschlüsse für die Studiengänge der Heilberufe Arzt, Zahnarzt und Apotheker lehnen Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), Michael Schwarz, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer (BLZK) und Johannes Metzger, Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer (BLAK) kategorisch ab. Konkret sprachen sie sich in München gegen die Implementierung eines solchen zweistufigen, modularen Studienganges in der ärztlichen, zahnärztlichen oder pharmazeutischen Ausbildung aus. So förderungswürdig die Entstehung eines europäischen Bildungsraumes sei, so fragwürdig erscheine der Versuch, Anpassungsprozesse im Bereich der Hochschul- und Universitätsausbildung für die Heilberufe mit ökonomischen Sachzwängen zu begründen. Zur spezifischen Situation in der Humanmedizin erklärte Ärzte-Präsident Koch: „Für Ärztinnen und Ärzte legt die Richtlinie 93/16 EWG fest, dass eine ärztliche Gesamtausbildung mindestens sechs Jahre oder 5.500 Stunden theoretischen und praktischen Unterricht an einer Universität umfasst.“ Dies stelle den Mindeststandard dar, den auch die Bundesregierung mit der neuen Approbations-

ordnung 2002 so bestätigt hat. Kurzstudiengänge mit Bachelor- und Masterabschlüssen seien dafür nicht geeignet und auch nur bedingt international vergleichbar. „Die Forderung nach kürzeren Ausbildungszeiten läuft Gefahr, die hohe Qualität der Zahnheilkunde in Deutschland, die auch im Ausland anerkannt ist, in Frage zu stellen“, warnte Zahnärztekammer-Präsident Schwarz. „Unser Problem liegt heute doch nicht in der mangelnden Qualifikation der Zahnmedizin-Absolventen, sondern in einem Sozialversicherungssystem, das gut ausgebildete Ärzte und Zahnärzte mittlerweile zu tausenden ins Ausland abwandern lässt, weil dort die Arbeitsbedingungen günstiger sind.“

„Für die Heilberufe besteht eine gegenseitige Anerkennung der Berufsausbildung in Europa. Wer einen Bachelorabschluss für das Pharmaziestudium fordert, muss wissen, dass diese Studienabsolventen keine Berufschancen in Europa haben, da diese Ausbildung nicht der europäischen Richtlinie für Apotheker entspricht. Damit würden“, so Apotheker-Präsident Metzger, „gerade die Intentionen des Prozesses von Bologna ad absurdum geführt.“

LANGZEITSTUDENTEN MÜSSEN IN SOZIALKASSEN ZAHLEN

(med-dent magazin) Langzeitstudenten können sich nicht unbegrenzt vor Sozialversicherungsbeiträgen drücken. Das geht aus einem veröffentlichten Urteil des Sozialgerichts Düsseldorf hervor. Die Richter entschieden, dass eine Studentin im 39. Semester von ihren Einkünften Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen muss. Zwar seien Studenten in der Regel von Sozialbeiträgen befreit, das Studium müsse dabei aber auch im Lebensmittelpunkt stehen. Dies sei im vorliegenden Fall nach fast 20 Jahren offizieller Studiendauer nicht mehr anzunehmen. „Steht die Arbeit an erster Stelle, müssen die Studenten und deren Arbeitgeber auch Sozialabgaben leisten“, betonte die Richter der 10. Kammer.

